

Kai Strell

Kenia und die Herausforderung durch den islamistischen Terrorismus

**Kieler Analysen zur Sicherheitspolitik Nr. 45
Mai 2016**



Inhalt:

1. Einführung	3
2. Kenia – Daten und Fakten	4
3. Die islamistisch-terroristische Bedrohung aus Somalia	5
3.1 Die kenianische Intervention und ihre Folgen	5
3.2 Das Problem der Korruption	6
3.3 Sicherheit als Voraussetzung für Entwicklung	7
4. Die islamistisch-terroristische Bedrohung von innen	7
4.1 Kenias somalische Diaspora und das Flüchtlingslager Dadaab	7
4.2 Al-Hijra – Al-Shabaabs Zweigstelle in Kenia	8
5. Terrorismus und Radikalisierung in Kenia – Erklärungsansätze	9
5.1 Kenias Verwundbarkeit gegenüber terroristischen Anschlägen	10
5.2. Faktoren der Radikalisierung	10
6. Ausblick	14
6.1 Bedrohungslage	14
6.2 Handlungsempfehlungen	15
6.2.1 Reform des Sicherheitssektors und Überprüfung der Anti-Terrorismus-Strategie sowie verstärkte regionale Zusammenarbeit	15
6.2.2 Stärkung politischer, sozialer und ökonomischer Teilhabe – Bekämpfung von Korruption	15



Kai Strell, B.A.

Kenia und die Herausforderung durch den islamistischen Terrorismus
Kieler Analysen zur Sicherheitspolitik Nr. 45
Kiel, Mai 2016

Impressum:

Hrsg. von Prof. Dr. Joachim Krause und Stefan Hansen, M.A.
Institut für Sicherheitspolitik
an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
Düsternbrooker Weg 77a
24105 Kiel

ISPK.org

Die veröffentlichten Beiträge mit Verfasserangabe geben die Ansicht der betreffenden Autoren wieder, nicht notwendigerweise die des Herausgebers oder des Instituts für Sicherheitspolitik.

© 2016 Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel gGmbH (ISPK)
Sitz und Registergericht Kiel, HRB-Nr. 16406 KI
Geschäftsführer: Prof. Dr. Joachim Krause und Stefan Hansen, M.A.

1. Einführung

In den vergangenen Jahren ist der ostafrikanische Staat Kenia immer wieder zum Ziel terroristischer Anschläge geworden. Verantwortlich gemacht für diese Anschläge wird in der Regel die islamistisch-terroristische Organisation al-Shabaab¹ aus dem Nachbarland Somalia. Weniger bekannt ist jedoch der Umstand, dass die somalischen Terroristen bei ihren Operationen in Kenia nicht selten durch einheimische radikale Islamisten unterstützt werden, die in den vergangenen Jahren auch selbstständig Operationen durchgeführt und relativ eigenständige Organisationsstrukturen entwickelt haben.

Zu den bekanntesten – weil spektakulärsten und folgenschwersten – terroristischen Anschlägen in Kenia in der jüngeren Zeit, über die auch in westlichen Medien ausführlicher berichtet wurde, gehören der Anschlag auf das bei Ausländern beliebte Einkaufszentrum *Westgate* in der Hauptstadt Nairobi im September 2013,² bei dem mindestens 67 Menschen getötet wurden, und der Anschlag auf die Universität von Garissa im April 2015 mit mindestens 147 Toten.³ Ein weiteres Beispiel ist die Ermordung von 28 Buspassagieren in

Mandera im November 2014.⁴ Häufig unerwähnt oder nur als Randnotiz gemeldet bleiben jedoch die zahlreichen kleineren terroristischen Angriffe im Land, insbesondere in den Grenzregionen zu Somalia oder in der Hauptstadt.⁵ So griffen bspw. al-Shabaab-Kämpfer im Dezember 2013 – also nur wenige Monate nach dem *Westgate*-Anschlag – in der Stadt Liboi, an der Grenze zu Somalia, ein Polizeifahrzeug aus dem Hinterhalt an.⁶ Bei diesem Anschlag wurden fünf Polizeibeamte und drei Zivilisten getötet.

Ziel des vorliegenden Beitrages ist es, einen Überblick zu geben über die historische Entwicklung sowie die zentralen Akteure, Strukturen und Dynamiken, die der Herausforderung durch den islamistischen Terrorismus in Kenia zu Grunde liegen. Unter islamistischem Terrorismus wird hier – basierend auf der Terrorismus-Definition von Eichhorn⁷ – eine asymmetrische Gewaltstrategie nichtstaatlicher Akteure verstanden, die aus dem Untergrund heraus agieren und durch systematische Androhung und Anwendung von Gewalt eine Gesellschaft in Angst und Schrecken zu versetzen versuchen, um ihre politischen Ziele zu kommunizieren und letztlich durchzusetzen. Das Ziel ist im konkreten Fall die Beseitigung der bestehenden (sozio)politischen Ordnung und die Ersetzung dieser durch eine Ordnung auf Grundlage der eigenen Interpretation des Islam. In diesem Kontext wird hier dem Begriff politischer Islam bzw. Islamismus die folgende Definition von Pfahl-Traugher zu Grunde gelegt: „Islamismus‘ ist eine Sammelbezeichnung für alle politischen Auf-

1 Einen guten Einstieg in das Thema al-Shabaab bietet der Beitrag von Annette Weber, vgl. Weber, Annette: *Al-Shabab. Jugend ohne Gott*, in: Steinberg, Guido & Weber, Annette (Hrsg.): *Jihadismus in Afrika. Lokale Ursachen, regionale Ausbreitung, internationale Verbindungen*, Berlin 2015. Eine tiefergehende Darstellung der Organisation bietet Stig Jarle Hansen, vgl. Hansen, Stig Jarle: *Al-Shabaab in Somalia. The History and Ideology of a militant Islamist group 2005–2012*, London 2013.

2 Vgl. Howden, Daniel: „Terror in Westgate mall: the full story of the attacks that devastated Kenya“, *The Guardian online*, 04.10.2013, <http://www.theguardian.com/world/interactive/2013/oct/04/westgate-mall-attacks-kenya-terror>, (05.01.2016).

3 Vgl. Saul, Heather: „Kenya Garissa University attack: At least 147 dead after al-Shabaab terrorists storm campus and separate Muslim and Christian students“, *The Independent online*, 02.04.2015, <http://www.independent.co.uk/news/world/africa/kenya-garissa-university-shooting-two-killed-after-masked-gunmen-storm-campus10150665.html>, (05.01.2016).

4 Vgl. o.V.: „Al-Shabab massacres 28 Kenyan bus passengers“, *Al Jazeera Online*, 23.11.2014, <http://www.aljazeera.com/news/africa/2014/11/killed-kenya-a-bus-attack-201411226446296802.html>, (05.01.2016).

5 Vgl. National Counter Terrorism Centre (Hrsg.): „Chronology of attacks since 1963“, o.D., <http://counterterrorism.go.ke/attacks.html>, (03.02.2016).

6 Vgl. o.V.: „Al Shabaab kills policemen in Liboi ambush“, 10.12.2013, <http://www.capitalfm.co.ke/news/2013/12/al-shabaab-kills-policemen-in-liboi-ambush/>, (05.01.2016).

7 Vgl. Eichhorn, Kristina: *Terrorismus – eine schwierige Begriffsbestimmung*, in: ISPK (Hrsg.): *Jahrbuch Terrorismus 2006*, Opladen/Farmington Hills 2007, S. 23–36, hier S. 26.

fassungen und Handlungen, die im Namen des Islam die Errichtung einer allein religiös legitimitierten Gesellschafts- und Staatsordnung anstreben. [...] Dies bedeutet: Religion und Staat sollen nicht mehr getrennt und der Islam institutionell verankert sein. Damit einher geht die Ablehnung der Prinzipien von Individualität, Menschenrechten, Pluralismus, Säkularität und Volkssouveränität.“⁸

In diesem Beitrag wird im Kontext von Terrorismus (und Radikalisierung) durchgängig von *islamistischem* Terrorismus gesprochen. Dazu ist jedoch zu spezifizieren, dass dieser in Kenia im Wesentlichen der salafistischen Strömung des Islam zuzurechnen ist.⁹

2. Kenia – Daten und Fakten

Kenia ist das wirtschaftlich potenteste Land in Ostafrika und war bspw. im Jahr 2015 der wichtigste Handelspartner der Europäischen

Union in der Region.¹⁰ Ferner ist das Land auch politisch relativ stabil und ein wichtiger Akteur im Rahmen von UN-Friedenseinsätzen – nicht nur in Ostafrika, sondern auf dem gesamten Kontinent.¹¹ Darüber hinaus gehörte Kenia bereits lange vor den Anschlägen von 9/11 in den USA zu den wichtigsten (sicherheitspolitischen) Partnern des Westens in Afrika.¹² Kenia steht dabei quasi „an vorderster Front“ im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus und wird gleichzeitig selbst immer wieder zum Ziel von entsprechenden Anschlägen.¹³

Laut offiziellen Zahlen werden ca. 11% der rund 46 Millionen Kenianer dem islamischen Glauben zugerechnet.¹⁴ Der Großteil der Muslime in Kenia gehört der sunnitischen Richtung des Islam an und lebt in den unterentwickelten Grenzregionen zu Somalia im Nordosten des Landes und an der Küste. Darüber hinaus gibt es einen größeren muslimischen

8 Pfahl-Traughber, Armin: „Islamismus – Was ist das überhaupt? Definition – Merkmale – Zuordnungen“, Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung, 09.09.2011, <http://www.bpb.de/politik/extremismus/islamismus/36339/islamismus-was-ist-das-ueberhaupt>, (12.01.2016). Mit Blick auf diese Definition muss angemerkt werden, dass es – was mit dem Begriff Sammelbezeichnung bereits angedeutet wird – unterschiedliche Strömungen des politischen Islam bzw. Islamismus gibt, die unterschiedliche Positionen hinsichtlich Gewalt als Handlungsoption einnehmen. Eine begriffliche Unterscheidung zwischen den beiden zentralen Polen, also gewaltgeneigten und reformorientierten Strömungen, kann getroffen werden mittels der Begriffe dschihadistischer bzw. institutioneller Islamismus. Im vorliegenden Beitrag werden die Begriffe dschihadistischer, extremistischer, radikaler und militanter Islamismus synonym gebraucht und im Kontext von Ideologien, Individuen, Gruppen und Organisationen verwendet, die der gewaltgeneigten Strömung des politischen Islam/Islamismus zugeordnet werden können.

9 Einen lesenswerten einführenden Beitrag über die unterschiedlichen Strömungen des Salafismus sowie eine Abgrenzung zum Wahhabismus bietet der Beitrag von Gharaibeh, vgl. Gharaibeh, Mohammed: „Wahhabiten und Salafisten: Gleiche Basis – unterschiedliche Mittel“, Deutsche Welle online, 18.11.2013, <http://www.dw.com/de/wahhabiten-und-salafisten-gleiche-basis-unterschiedlich-e-mittel/a-17304769>, (15.01.2016.)

10 Vgl. European Commission (Hrsg.): Client and Supplier Countries of the EU28 in Merchandise Trade, 2015, 12.02.2016, http://trade.ec.europa.eu/doclib/2006/september/tradoc_122530.pdf, (17.02.2016).

11 Ahere, John: „Peacekeeping Contributor Profile: Kenya“, 10.01.2015, <http://providingforpeacekeeping.org/2015/03/23/contributor-profile-kenya/>, (12.01.2015.)

12 So hat Kenia bereits im Jahr 1980 als damals einziges Land in der Region ein formales Abkommen mit den USA über die Nutzung kenianischer militärischer Einrichtungen durch das US-Militär abgeschlossen. Auf Grundlage dieses Abkommens kann das US-Militär im kenianischen Luftraum operieren, kenianische Militärflughäfen und den Hafen von Mombasa nutzen. Erstmals in größerem Umfang von diesen Möglichkeiten Gebrauch gemacht haben die USA in den frühen 1990er Jahren im Rahmen der von ihnen geführten UN-Friedensmission in Somalia, vgl. Muhula, Raymond: Kenya and the Global War on Terrorism: Searching for a New Role in a New War, in: Davis, John (Hrsg.): Africa and the War on Terrorism, Aldershot/Burlington 2007, S. 43–60, hier S. 49.

13 Vgl. Aronson, Samuel: „Kenya and the Global War on Terror: Neglecting History and Geopolitics in Approaches to Counterterrorism“, in: African Journal of Criminology and Justice Studies, Vol. 7, Issue 1-2 (11/2013), S. 24–25, hier S. 24f.

14 Vgl. CIA (Hrsg.): „The World Factbook: Kenya“, 11.02.2016, <https://cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ke.html>, (12.02.2016).

Bevölkerungsanteil in der Hauptstadt Nairobi.¹⁵ Laut Zahlen des letzten Zensus der kenianischen Regierung aus dem Jahr 2009 leben außerdem rund 2,3 Millionen ethnische Somalis in Kenia, die größtenteils muslimischen Glaubens sind.¹⁶

3. Die islamistisch-terroristische Bedrohung aus Somalia

Die islamistisch-terroristische Bedrohung Kenias kann im Wesentlichen in zwei Dimensionen gegliedert werden: eine äußere Dimension – die in diesem Abschnitt näher beleuchtet wird – sowie eine innere. Praktisch bestehen jedoch enge Verbindungen zwischen beiden Dimensionen.

3.1 Die kenianische Intervention und ihre Folgen

Kenia ist direkter Nachbarstaat Somalias, das seit Beginn der 1990er Jahre in einem blutigen Bürgerkrieg versinkt. Das Chaos im Nachbarland hatte von Beginn an auch Auswirkungen auf Kenia. Bereits in den frühen 1990er Jahren haben sich aus Somalia stammende terroristische Akteure in der Region Ostafrika – und hier vor allem in Kenia – bewegt, um eine Infrastruktur für ihre Operationen in Somalia zu etablieren (Rekrutierung, Finanzierung und Kommunikation).¹⁷ Darüber hinaus ist Kenia zum Ziel von mehreren Hunderttausend somalischen Flüchtlingen geworden. Laut UNHCR leben momentan rund 415.000 somalische Flüchtlinge in Kenia.¹⁸

15 Vgl. Patterson, William R.: „Islamic Radicalization in Kenya“, in: Joint Forces Quarterly, Issue 78 (2015), S. 16–23.

16 Vgl. Ministry of State for Planning, National Development, and Vision 2030: 2009 Population and Housing Census Results, 31.08.2010, <https://web.archive.org/web/20130810185221/http://www.knbs.or.ke/docs/PresentationbyMinisterforPlanningrevised.pdf>, (05.01.2016).

17 Vgl. International Crisis Group: The Kenyan Military Intervention in Somalia. Africa Report, Nr. 184, 15.02.2012, S. 1.

18 Vgl. UNHCR: „Refugees in the Horn of Africa: Somali Displacement Crisis. Kenya“, o.D., <http://data.unhcr.org/horn-of-africa/country.php?id=110>, (16.04.2016).

Bereits gegen Ende der 2000er Jahre gab es erste Überlegungen und Pläne hinsichtlich eines Einsatzes der kenianischen Streitkräfte in Somalia im Rahmen der 2007 geschaffenen *African Union Mission in Somalia* (AMISOM). Diese Pläne wurden jedoch u. a. aufgrund von Befürchtungen der politischen Führung Kenias, dass der Einsatz misslingen könnte, zunächst nicht realisiert. Erst nach einer Reihe von schwerwiegenden Grenzzwischenfällen im Jahr 2011 ist es zu einem entsprechenden politischen Kurswechsel gekommen. In den Monaten September und Oktober 2011 wurden in den grenznahen- bzw. Küstenregionen Kenias mehrere Touristen sowie Mitarbeiter von Hilfsorganisationen durch somalische al-Shabaab-Kämpfer entführt. Durch diese Zwischenfälle wurde Kenia massiv unter Druck gesetzt: Zum einen beherbergt Kenia eine größere UN-Präsenz sowie eine große Zahl internationaler sowie nationaler NGOs, die humanitäre Hilfe für Somalia leisten. Zum anderen ist der Tourismus eine der Schlüsselindustrien der kenianischen Wirtschaft und wurde durch die Entführung der Urlauber schwer getroffen.¹⁹

Als Reaktion auf die genannten Grenzzwischenfälle kam es im Oktober 2011 im Rahmen der Operation „*Linda Nchi*“ (dt.: Schützt das Land) zum Einmarsch der *Kenyan Defence Forces* (KDF) in den Süden des Nachbarlandes. Das ursprüngliche Ziel der Operation war die Verfolgung der nach Kenia eingesickerten Terroristen und die Befreiung der entführten Personen, sowie letztlich im weiteren Sinne auch die Wiederherstellung der territorialen Integrität Kenias und der Schutz der für das Land wichtigen Tourismusindustrie. Später wurde das Ziel der KDF-Operation in Somalia zeitlich unbefristet auf die Vernichtung bzw. nachhaltige Schwächung al-Shabaabs ausgeweitet, womit die Sicherheit Kenias dauerhaft garantiert werden sollte. Im Februar 2012 wurden die kenianischen Truppen in Somalia schließlich auf Grundlage der UN-Resolution 2036 formell in die AMISOM integriert.²⁰

Die Entscheidung zum Einmarsch der KDF ins Nachbarland wurde von einer kleinen Gruppe der politischen Führung Kenias nahezu über-

19 Vgl. International Crisis Group, The Kenyan Military Intervention in Somalia, S. 1ff.

20 Vgl. ebd.

hastet getroffen und überraschte auch die regionalen Verbündeten. Die Folgen waren zum einen bereits zu Beginn der Operation Probleme beim Vormarsch, u.a. bedingt durch sintflutartige Regenfälle, welche die Straßen in Somalia für das schwere militärische Gerät der KDF kaum passierbar machten. Ferner war der Einmarsch der KDF nicht mit der somalischen Übergangsregierung abgesprochen, was völkerrechtlich äußerst problematisch ist. Gegen Ende Oktober 2011 wurde jedoch eine diplomatische Übereinkunft zwischen der somalischen Übergangsregierung und der kenianischen Regierung getroffen, welche die Operation der KDF in Somalia rechtlich legitimierte.²¹

Flankiert wurden bzw. werden die militärischen Maßnahmen Kenias in Somalia durch die politische Unterstützung für die Schaffung der autonomen Region Jubaland (auch Azania genannt), die aus kenianischer Sicht eine Pufferzone zwischen Kenia und den im Einflussbereich al-Shabaabs liegenden Gebieten im Süden Somalias darstellt. Dieses Projekt einer regionalen Verwaltung nach dem Vorbild der autonomen Regionen Puntland und Somaliland wurde durch Kenia bereits im Vorfeld der Operation *Linda Nchi* vorangetrieben und wird als Möglichkeit angesehen, dauerhafte Sicherheit und Stabilität zu erreichen. Jubaland soll jedoch anders als Somaliland – das die Anerkennung als souveräner Staat anstrebt – weiterhin Bestandteil der (seit 2012 bestehenden) Bundesrepublik Somalia bleiben, so wie es auch bei der Region Puntland der Fall ist.²²

Das aus Sicht der kenianischen Regierung mit dem Einsatz der KDF im Nachbarland vorrangig verbundene Ziel – die Verbesserung der Sicherheitslage in Kenia – muss vorläufig als nicht erreicht angesehen werden. Wie bspw.

ein Blick auf die Statistik der *Global Terrorism Database* zeigt, ist die Zahl der terroristischen Anschläge in Kenia seit Beginn der Militäroperation stark angestiegen.²³ Al-Shabaab fordert den Rückzug der kenianischen (und der anderen ausländischen) Truppen aus Somalia und versucht dies durch Angriffe auf KDF-Truppen in Somalia und terroristische Anschläge in Kenia zu erzwingen. Den al-Shabaab-Kämpfern spielt dabei auch die schwache Staatlichkeit Kenias in den grenznahen Gebieten zu Somalia in die Hände. Ineffektive und korrupte Sicherheitskräfte in diesen Regionen haben eine poröse Grenze zur Folge, welche die Terroristen oft nach Belieben unentdeckt überqueren können, um in Kenia Anschläge vorzubereiten und auszuführen.²⁴

3.2 Das Problem der Korruption

Mit Blick auf die Rolle der KDF in Somalia muss konstatiert werden, dass diese nicht unumstritten ist, was u.a. mit dem Problem der Korruption zu tun hat. Ein kürzlich von der Organisation *Journalists for Justice* (JfJ) veröffentlichter Bericht²⁵ hat schwerwiegende Vorwürfe gegen das kenianische Militär erhoben – auf die in ähnlicher Form teilweise bereits in früheren UN-Berichten hingewiesen wurde.²⁶ Neben dem Vorwurf, dass sich die KDF in ihren Lagern in Somalia „einigelt“ und die militärische Konfrontation mit al-Shabaab meidet, gibt es schwerwiegende Vorwürfe, dass korrupte hochrangige Armeeoffiziere mit Verbindungen zu einflussreichen Geschäftsleuten und Politikern in Kenia zusammen mit Vertretern der Verwaltung Jubalands in den illegalen Handel mit Zucker und Holzkohle involviert seien. Konkret soll über den

21 Vgl. International Crisis Group, *The Kenyan Military Intervention in Somalia*, S. 1ff.

22 Vgl. ebd. Die Unterstützung Kenias beim Aufbau der autonomen Verwaltung Jubalands umfasst bspw. Ausbildungshilfe im Rahmen des Aufbaus von Sicherheitsstrukturen. Nach anfänglicher Skepsis und Ablehnung der Jubaland-Initiative durch die damalige somalische Übergangsregierung sowie internationale Partner wie die USA ist die autonome Jubaland-Administration mittlerweile weitestgehend erfolgreich in das politische System der Bundesrepublik Somalia eingegliedert.

23 Global Terrorism Database: „Kenya. Incidents over time“, o.D., <http://www.start.umd.edu/gtd/search/Results.aspx?chart=overtime&search=kenya>, (06.01.2016).

24 Vgl. Patterson, „Islamic Radicalization in Kenya“.

25 Vgl. Journalists for Justice: *Black and White. Kenya's Criminal Racket in Somalia*, Nairobi 2015.

26 Vgl. Charbonneau, Louis: „Exclusive: Kenyan Peacekeepers aided illegal Somalia charcoal export – UN“, Reuters online, 14.07.2013, <http://uk.reuters.com/article/uk-somalia-charcoal-uni dUKBRE96D01C20130714>, (10.01.2016).

von kenianischen Truppen kontrollierten somalischen Hafen Kismayo illegal Holzkohle aus Somalia exportiert werden, während Zucker (zusammen mit anderen Waren) importiert und von dort aus weiter nach Kenia geschmuggelt wird. Von diesem Schmuggel soll, laut Bericht, auch al-Shabaab profitieren, da die Transporte auf ihrem Weg nach Kismayo bzw. nach Kenia in den von der Gruppe kontrollierten Gebieten besteuert werden, was eine wichtige Finanzierungsquelle von al-Shabaab darstellt. Außerdem werden den kenianischen Truppen im JfJ-Bericht schwere Menschenrechtsverletzungen bzw. Kriegsverbrechen vorgeworfen. So listet der Bericht eine Reihe von Zwischenfällen auf, bei denen KDF-Soldaten in Vergewaltigungen, in Verschleppungen sowie in die Misshandlung und Folterung von somalischen Zivilpersonen verwickelt gewesen sein sollen. Ferner soll es wiederholt zu Angriffen des Militärs auf Zivilisten und zivile Objekte gekommen sein.

3.3 Sicherheit als Voraussetzung für Entwicklung

Sollten sich die gegen die KDF erhobenen Vorwürfe – die mittlerweile durch ein internes Komitee der kenianischen Armee untersucht werden²⁷ – bestätigen, wirft dies ein sehr negatives Licht auf die kenianische Armee und damit letztlich auch auf die AMISOM. Dabei sind Vertrauen in die Sicherheit und die dafür verantwortlichen Sicherheitskräfte doch eine wichtige Voraussetzung für Stabilität und Entwicklung, sowohl in Somalia als auch in den unterentwickelten grenznahen Gebieten Kenias. In diesem Zusammenhang ist auch die im September 2015 begonnene gemeinsame Offensive von der KDF und Spezialkräften der Polizei in Kenia selbst (Operation „Linda Boni“) zu sehen. Diese Operation hat die Vertreibung von al-Shabaab-Kämpfern zum Ziel, die das an Somalia angrenzende Waldgebiet Boni im County Lamu als Rückzugsraum nutzen. Sicherheit und Stabilität in Lamu wird als wichtige Voraussetzung für die Umsetzung des milliardenschweren Infrastrukturprojektes „Lamu Port – Southern Sudan – Ethiopia Transport Corridor“ (LAPSSSET) angesehen,

²⁷ Namunane, Bernard: „Team to probe KDF ‚dealings‘“, Daily Nation, 11.01.2016, S. 6.

welches künftig die kenianische Küste mit Südsudan und Äthiopien verbinden soll und großes wirtschaftliches Entwicklungspotential bietet – nicht nur für die unterentwickelten Regionen in Kenia, sondern auch für andere Teile der Region Ostafrika.²⁸

4. Die islamistisch-terroristische Bedrohung von innen

Wie bereits angesprochen besteht die terroristische Bedrohung in Kenia nicht allein durch aus Somalia ins Land eindringende al-Shabaab-Kämpfer. Zwischen diesen und in Kenia lebenden gewaltbereiten Islamisten bestehen enge Verbindungen.²⁹ Die innere Dimension der Bedrohung Kenias umfasst dabei zum einen die somalische Diaspora im Land und zum anderen „einheimische“ terroristische Strukturen – wobei auch hier nicht immer eine klare Trennlinie gezogen werden kann.

4.1 Kenias somalische Diaspora und das Flüchtlingslager Dadaab

In Hinblick auf die somalische Diaspora liegt der Fokus der kenianischen Regierung in den vergangenen Jahren vor allem auf dem Flüchtlingslager Dadaab im Osten des Landes. In diesem in den frühen 1990er Jahren für ursprünglich nur 100.000 Menschen gebauten Lager leben laut UNHCR heute rund 328.000 Menschen.³⁰ Das Lager – in dem eine wach-

²⁸ Vgl. Mukinda, Fred: „Troops to patch tent in Boni Forest“, Daily Nation, 16.11.2015, S. 5.

²⁹ Vgl. International Crisis Group: Kenya: Al-Shabaab – Closer to home. Africa Briefing, Nr. 102, 25.09.2014, S. 6ff.

³⁰ Vgl. UNHCR: „Refugees in the Horn of Africa: Somali Displacement Crisis. Kenya“, o.D., <http://data.unhcr.org/horn-of-africa/country.php?id=110> (16.04.2016). Neben dem Lager Dadaab gibt es noch ein weiteres großes Flüchtlingslager in Kenia – das Lager Kakuma in der gleichnamigen Stadt im Nordwesten des Landes. Offiziellen Angaben zufolge leben im Flüchtlingslager Kakuma etwa 180.000 Menschen, darunter ca. 87.000 Menschen aus Südsudan und 56.000 aus Somalia. Eine größere Zahl somalischer Flüchtlinge lebt außerdem in der kenianischen Hauptstadt Nairobi, vor allem im Stadtteil Eastleigh, der auch als „Little Mogadishu“ bezeichnet wird, vgl. Lindley, Anna: Protracted displacement and remittances: the

sende Zahl von Menschen lebt, die in den vergangenen Jahrzehnten dort geboren wurde – liegt nur rund 80 Kilometer von der somalischen Grenze entfernt und hat sich seit seiner Gründung längst zu einer aus Baracken und Hütten bestehenden Großstadt und einem Wirtschaftszentrum im kargen Nordosten Kenias entwickelt. Die Lebensverhältnisse im Lager Dadaab sind jedoch aufgrund von Überbelegung, unzureichender Infrastruktur sowie mangelnder personeller und finanzieller Ressourcen auf Seiten der humanitären Helfer äußerst prekär.³¹

Neben dem Umstand, dass das Lager Dadaab als Umschlagsplatz für den in Abschnitt 3.2 bereits beschriebenen Handel mit illegalen Waren verdächtigt wird,³² wurde es in den vergangenen Jahren von kenianischen Politikern immer wieder – häufig nach Anschlägen – mit dem islamistischen Terrorismus im Land in Verbindung gebracht und als ständiger Unsicherheitsfaktor identifiziert. Gleichzeitig wurden die in Kenia lebenden somalischen Flüchtlinge unter Generalverdacht gestellt und Maßnahmen gefordert (und teils auch umgesetzt), die einer Kollektivbestrafung gleichkommen. Nach dem Anschlag auf das Einkaufszentrum *Westgate* im Jahr 2013 hat bspw. der Vorsitzende des kenianischen Parlamentsausschusses für nationale Sicherheit, *Asman Kamama*, das Lager Dadaab als „Brutstätte des Terrorismus“ bezeichnet. Nach dem Anschlag von Garissa im Jahr 2015 schloss die kenianische Regierung mehrere Firmen, die von Somaliern genutzt wurden, um ihren Angehörigen in Somalia Geld zu schicken. Außerdem haben kenianische Politiker in den vergangenen Jahren wiederholt gefordert, dass das Lager Dadaab geschlossen und die dort lebenden Menschen nach Somalia zurückgeschickt werden sollen. Sowohl die rechtlichen Hürden einer solchen

Massenabschiebung – nach internationalem wie auch nach nationalem kenianischen Recht – als auch die damit verbundenen praktischen Probleme machen einen solchen Schritt jedoch faktisch unmöglich und zeigen das Dilemma, vor dem die kenianische Regierung in dieser Frage steht. So verwies der BÜroleiter Somalia für die humanitäre Hilfe der Europäischen Union, *Lars Oberhaus*, im Jahr 2015 in einem Gespräch mit der Süddeutschen Zeitung darauf, dass sich Somalia nur sehr langsam von Hungersnot und Dürre erhole und die Gewalt im Land weiter andauere. Drei Millionen Menschen in Somalia seien für ihr Überleben auf Hilfe von außen angewiesen. Eine massenhafte Rückkehr von Menschen könnte alle bisher erzielten Fortschritte im Land zunichte machen und letztlich neue Hungernöte und Flüchtlingsströme auslösen – ein Szenario, das kaum im Interesse Kenias liegen könne.³³

4.2 Al-Hijra – Al-Shabaabs Zweigstelle in Kenia

Neben somalischen al-Shabaab-Kämpfern, die aus dem Nachbarland kommend in Kenia eindringen, und der großen Zahl somalischer Flüchtlinge im Land, die immer wieder als potentielle Bedrohung angesehen werden, sind in den vergangenen Jahren auch zunehmend die „einheimischen“ islamistisch-terroristischen Organisationsstrukturen in den Fokus von Sicherheitsbehörden, Politik und Analysten gerückt. So wird die steigende Zahl kenianischer militanter Islamisten – die unterschiedlicher ethnischer Herkunft sind³⁴ –

view from Eastleigh, Nairobi. UNHCR Research Paper Nr. 143, S. 4; vgl. UNHCR: „Violent incidents at Kenya’s Kakuma refugee camp claim eight lives over past week“, 04.11.2014, www.unhcr.org/5458b7969.html, (16. 01.2016).

31 Vgl. Steinke, Ronen: „„Brutstätte des Terror““, Süddeutsche Zeitung, 12.11.2013, S. 8; vgl. Zick, Tobias: „Vergeltung“, Süddeutsche Zeitung, 24.04.2015, S. 3.

32 Vgl. Journalists for Justice, Black and White, S. 2.

33 Vgl. Steinke, „„Brutstätte des Terror““, S. 8; vgl. Zick, Tobias: „Kenia will größtes Flüchtlingslager der Welt schließen“, Süddeutsche Zeitung, 13.04.2015, S. 1.

34 Die kenianische Bevölkerung setzt sich aus einer Vielzahl ethnischer Gruppen zusammen. Die größten ethnischen Gruppen in Kenia stellen die Kikuyu (ca. 6,6 Mio.), die Luhya (ca. 5,3 Mio.), die Kalenjin (ca. 4,9 Mio.), die Luo (ca. 4 Mio.), die Kamba (ca. 3,8 Mio.), die kenianischen Somalis (ca. 2,3 Mio.), die Kisii (ca. 2,2 Mio.), die Mijikenda (ca. 1,9 Mio.) sowie die Meru (ca. 6,1 Mio.), vgl. Ministry of State, „2009 Population and Housing Census Results“.

in Hinblick auf die Sicherheit des Landes mit wachsender Besorgnis betrachtet.³⁵

Dies liegt auch darin begründet, dass eine zunehmende Zahl von (kleineren) terroristischen Anschlägen im Land in der jüngeren Zeit (hauptsächlich) der Organisation al-Hijra zugerechnet wird, die als Zweigstelle al-Shabaabs in Kenia gilt.³⁶ Zusammen bilden beide Organisationen ein transnationales terroristisches Netzwerk, das mittlerweile über die Grenzen Somalias und Kenias hinausreicht. So gibt es engere Verbindung zwischen al-Hijra, al-Shabaab und militanten Islamisten in Tansania.³⁷

Die Wurzeln al-Hijras liegen im Jahr 2008 mit der Gründung des *Muslim Youth Centre* (MYC). Das MYC wurde als ein Gemeindezentrum im Majengo Slum in Nairobi im Umfeld der *Pumwani Riyadha* Moschee gegründet. Hauptaufgabe des MYC waren Seelsorge und Beratung für junge Muslime, die sich diskriminiert fühlten und angesichts der Arbeits- und Perspektivlosigkeit frustriert waren. Ziel war dabei die Verbesserung der Lebensbedingungen der Jugendlichen. Unter ihrem Gründer und Anführer, dem charismatischen *Ahmad Iman Ali* (einem studierten Ingenieur und radikalem Islamisten), hat das MYC der lokalen muslimischen Gemeinschaft zunächst tatsächlich in nicht unerheblichem Maße geholfen. So entstand durch die Hilfe der Organisation die erste Bücherei in der Nachbarschaft. Ferner richteten Mitglieder des MYC

eine Koranschule, einen Kindergarten sowie eine Speisung für Waisen ein und kümmerten sich um Ältere und Witwen. Mit der Zeit begannen jedoch erste Jugendliche aus dem Umfeld des MYC nach Somalia zu reisen und sich al-Shabaab anzuschließen. Den Jugendlichen folgten weitere Personen, darunter auch führende Köpfe des MYC. Ferner wurde das Netzwerk der Anhänger und Sympathisanten des MYC weiter ausgebaut und reichte bald bis in verschiedene Städte Kenias, wie z.B. Eldoret, Garissa und Mombasa. Im Jahr 2009 verließ schließlich auch Iman Ali Kenia in Richtung Somalia. Dieser Zeitpunkt kann als der Beginn des Ausbaus des MYC zur Zweigstelle al-Shabaabs in Kenia angesehen werden. Im Februar 2012 benannte sich die Gruppe schließlich in al-Hijra³⁸ um und erklärte sich – dem Beispiel al-Shabaabs folgend – ebenfalls zu einem Teil von al-Qaida in Ostafrika.³⁹

In der Frühphase der Organisation wurde al-Hijra in erster Linie mit der Verbreitung islamistischer Propaganda, der Rekrutierung von Freiwilligen für den Kampf in Somalia sowie mit der Finanzierung von al-Shabaab in Verbindung gebracht. Eine relativ eigenständige Kampagne terroristischer Gewaltakte in Kenia hat schließlich im Oktober 2011 mit dem Einmarsch der KDF in Somalia begonnen. Die eigenständigen terroristischen Gewaltoperationen al-Hijras beschränken sich bisher auf kleinere Anschläge mit Handgranaten und Handfeuerwaffen auf kenianische Sicherheitskräfte sowie auf Zivilisten – vorzugsweise an Haltestellen oder in Bars und Nachtclubs – mit den örtlichen Schwerpunkten Nairobi und Mombasa. Zuletzt wurde al-

35 Vgl. Kulish, Nicholas & Kron, Josh: „Extremist Group Gains Foothold Among Kenyans“, 09.10.2013, New York Times online, <http://www.nytimes.com/2013/10/10/world/africa/extremist-group-gains-foothold-among-kenyans.html>, (15.01.2016).

36 Vgl. Nzes, Fredrick: „Al-Hijra: Al-Shabab’s affiliate in Kenya“, in: CTC Sentinel, Vol. 7, Issue 5 (2014), S. 24–25. Weber spricht in Hinblick auf al-Shabaab und al-Hijra auch von Schwesterorganisationen, vgl. Weber, Al-Shabab, S. 27.

37 Vgl. LeSage, Andre: *The Rising Terrorist Threat in Tanzania: Domestic Islamist Militancy and Regional Threats*. Strategic Forum, September 2014, S. 9ff. Darüber hinaus gab es in der Vergangenheit offensichtlich auch Versuche, Verbindungen zu Extremisten in Ruanda und Burundi aufzubauen, vgl. o.V.: „Al-Hijra – The Rise of the Islamic threat in Kenya“, <http://www.aafonline.co.za/insights/al-hijra-%E2%80%93-rise-islamic-threat-kenya>, (14.01.2016).

38 Al-Hijra ist der arabische Begriff für Auswanderung oder Auszug und bezieht sich im islamischen Kontext auf die Flucht des Propheten Mohammed von Mekka nach Medina im Jahr 622 (nach christlicher Zeitrechnung).

39 Vgl. Nzes, „Al-Hijra: Al-Shabab’s affiliate in Kenya“; vgl. o.V.: „Al-Hijra – The Rise of the Islamic Threat in Kenya“; vgl. Gisea, Nyambega: „The final curtains on controversial Muslim youth centre“, *The Standard Digital*, 21.09.2014, http://www.standardmedia.co.ke/lifestyle/article/2000135687/the-final-curtains-on-controversial-muslim-youth-centre?articleID=2000135687&story_title=the-final-curtains-on-controversial-muslim-youth-centre&pageNo=1, (07.01.2016).

Hijra durch die Maßnahmen kenianischer Sicherheitskräfte geschwächt, bleibt jedoch weiterhin eine ernstzunehmende Bedrohung.⁴⁰

5. Terrorismus und Radikalisierung in Kenia – Erklärungsansätze

Was aber sind die Gründe für die Verwundbarkeit Kenias in Hinblick auf terroristische Anschläge und die Radikalisierung von Muslimen im Land? Hierzu können unterschiedliche Erklärungsansätze und Faktoren identifiziert werden.

5.1 Kenias Verwundbarkeit gegenüber terroristischen Anschlägen

Im Hinblick auf die Verwundbarkeit Kenias durch den Terrorismus ist zunächst die geografische Lage des Landes zu nennen. Kenias ostafrikanische Nachbarschaft ist teilweise geprägt durch ein hohes Maß an politischer Instabilität und Länder, die durch Krisen und bewaffnete Konflikte erschüttert werden. Hier sind momentan insbesondere der Südsudan und Somalia zu nennen. Die bewaffneten Konflikte haben zu einer weiten Verbreitung von (illegalen) Klein- und Leichtwaffen in der Region geführt, was terroristischen Akteuren den Zugang zu diesen erleichtert.⁴¹ Laut Aussage des kenianischen Innenministers, *Joseph Nkaisery*, sollen in Kenia rund 700.000 illegale Waffen im Umlauf sein.⁴²

Kenia selbst gilt zwar – anders als der benachbarte Unruheherd Somalia – weithin nicht als gescheiterter Staat, ist jedoch durch schwache Staatlichkeit geprägt. Neben großen Mängeln im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge (Infrastruktur, Gesundheit, Bildung etc.) ist die schwache Staatlichkeit in Kenia vor allem auch im Bereich der Sicherheit virulent. Das Problem der – aufgrund quantitativer und qualitativer (Ausbildungs-

und Ausrüstungs-) Mängel – teils ohnehin ineffektiven Sicherheitskräfte wird noch verstärkt durch die grassierende Korruption⁴³, die das gesamte soziopolitische System Kenias durchdringt und insbesondere in Hinblick auf die staatlichen Sicherheitsorgane und das Justizwesen eine ernstzunehmende Bedrohung darstellt. Korruption und Ineffektivität im Justizwesen kann Strafflosigkeit auch für gefährliche Täter zur Folge haben. Im Bereich der Sicherheit ist – wie bereits erwähnt – in Kenia insbesondere der Grenzschutz (oder eher das Fehlen eines solchen) problematisch. An dieser Stelle muss aber auch darauf hingewiesen werden, dass Kenia islamistischen Terroristen auch in anderer Hinsicht große Bewegungsfreiheit bietet sowie eine Vielzahl von möglichen Anschlagzielen aufweist. Der Grund hierfür ist in einer für die Region Ostafrika relativ entwickelten Ökonomie und Infrastruktur sowie einer Vielzahl westlicher Touristen, Auswanderer und westlicher Einrichtungen (Botschaften, Unternehmen, NGOs etc.) zu finden.⁴⁴

5.2 Faktoren der Radikalisierung

In Hinblick auf das Problem schwacher Staatlichkeit im Kontext von Terrorismus bzw. politischer Gewalt im Allgemeinen argumentiert Howard, dass der Fokus der meisten bisherigen Studie zu diesem Thema auf dem Sicherheitsaspekt liegt. Es wird also das Nichtvorhandensein funktionierender Sicherheitsstrukturen als zentrales Kriterium postuliert, welches auf Terroristen und Aufständische anziehend wirkt. In ihrer Studie zu Staaten in Subsahara-Afrika hat Howard jedoch gezeigt, dass nicht nur das Nichtvorhandensein des öffentlichen Gutes Sicherheit eine zentrale Einflussgröße auf schwache Staatlichkeit und die damit verbundene Verbreitung von Terrorismus bzw. politischer Gewalt ist, sondern drei weitere Faktoren eine Rolle spielen. Ho-

40 Vgl. Nzes, „Al-Hijra“; vgl. o.V., „Al-Hijra“.

41 Vgl. Rabasa, Angel: *Radical Islam in East Africa*, Santa Monica/Arlington/Pittsburgh 2009, S. 7ff.

42 Vgl. Ombati, Cyrus: „700,000 illegal guns in hands of civilians – Joseph Nkaisery“, *The Standard Digital*, 19.03.2015, <http://www.standardmedia.co.ke/article/2000155299/700-000-illegal-guns-in-hands-of-civilians-joseph-nkaisery>, (17.01.2016).

43 Auf dem „*Corruption Perception Index*“ der Organisation *Transparency International* nahm Kenia 2015 den Rang 139 von insgesamt 167 ein, vgl. *Transparency International: „Table of Results: Corruption Perception Index 2015“*, o.D., <http://www.transparency.org/cpi2015#results-table>, (15.01.2016).

44 Vgl. Patterson, „Islamic Radicalization in Kenya“.

ward argumentiert, dass auch korrupte und illegitime staatliche Autoritäten, eine mangelhafte Bereitstellung wesentlicher öffentlicher Güter (bspw. Gesundheitsfürsorge und Bildung) sowie die Unfähigkeit des Staates Privateigentum zu schützen wichtige Aspekte schwacher Staatlichkeit sind.⁴⁵ Insofern dürfen mit Blick auf Radikalisierung und Terrorismus also prekäre sozioökonomische Verhältnisse und schwache Staatlichkeit nicht gänzlich voneinander getrennt betrachtet werden. Angemerkt werden muss an dieser Stelle jedoch, dass die Rolle von sozioökonomischen Faktoren – und hier vor allem von Armut – bei der Radikalisierung bzw. als Wurzel des Terrorismus sowohl in der Politik als auch in der Wissenschaft umstritten ist.⁴⁶ Ohne Zweifel ist der Faktor Armut als (alleiniger) direkter Faktor für Radikalisierung nicht überzeugend, sondern muss stets im Zusammenhang mit anderen Faktoren (politisch, sozial-/psychologisch, individuell) betrachtet werden. Dies wird u. a. daran deutlich, dass – relativ zur nach wie vor weiten Verbreitung von Armut – nur sehr wenige Menschen mit entsprechendem sozioökonomischen Hintergrund einer Radikalisierung bzw. politischer Gewalt/Terrorismus zugeneigt waren bzw. sind. Ferner zeigt die Empirie, dass der sozioökonomische Hintergrund von Mitgliedern terroristischer Organisationen sehr vielfältig sein kann.⁴⁷

Wie eine entsprechende Studie und ein ausführlicher Blick auf Medienberichte zum Thema Radikalisierung und Rekrutierung (in die Reihen al-Shabaabs⁴⁸) zeigen, scheinen –

anders als in Somalia⁴⁹ – sozioökonomische Faktoren im Falle Kenias tatsächlich nur eine geringere Rolle zu spielen. Mit Blick auf die Rekrutierung von Kenianern in die Reihen al-Shabaabs muss zunächst konstatiert werden, dass Rekrutierung in Kenia nicht nur unter ethnischen Somalis stattfindet, sondern unter allen ethnischen Gruppen des Landes – wobei die Organisation auch bei einer wachsenden Zahl von Konvertiten erfolgreich ist. Regionale Schwerpunkte von Rekrutierungsbemühungen scheinen wieder die grenznahen bzw. Küstenregionen im Osten des Landes sowie die Hauptstadt zu sein – Orte also, an denen die meisten Muslime in Kenia leben –, was jedoch nicht ausschließt, dass es auch in anderen Regionen des Landes zu Radikalisierungs- und Anwerbungsversuchen kommt.⁵⁰ Der zentrale Aspekt bei der Rekrutierung von Kenianern in die Reihen al-Shabaabs ist und bleibt Religiosität, während – wie bereits angesprochen – sozioökonomische Aspekte nur eine geringere Rolle zu spielen scheinen. Der höhere Bildungsstand etlicher kenianischer al-Shabaab-Rekruten – inklusive Personen mit Hochschulbildung – illustriert dies.⁵¹ Das heißt dennoch nicht, dass sozioökonomische Faktoren vollkommen unwichtig wären: Al-Shabaab versucht in Kenia offensichtlich auch, junge Menschen mit prekärem sozioökonomischen Hintergrund mit fragwürdigen Versprechungen von Bargeld, Autos und Frauen anzuwerben⁵² und zielt dabei – wie ein

45 Vgl. Howard, Tiffany: *Failed States and the Origins of Violence. A Comparative Analysis of State Failure as a Root Cause of Terrorism and Political Violence*, Surrey/Arlington 2014, S. 19–45.

46 Vgl. u. a. Malečková, Jitka: *Impoverished terrorists. Stereotype or Reality?*, in: Bjørge, Tore (Hrsg.): *Root Causes of Terrorism. Myths, Reality and Ways Forward*, London/New York 2005, S. 33–43; vgl. Smelser, Neil J.: *The Faces of Terrorism. Social and Psychological Dimensions*, Princeton/Oxford 2007, S. 21ff; vgl. Tiffany, *Failed States and the Origins of Violence*, S. 3; vgl. Veldhuis, Tinka & Staun, Jørgen: *Islamist Radicalisation: A Root Cause Model*, Den Haag 2009, S. 33.

47 Smelser, *The Faces of Terrorism*, S. 22.

48 Studien, die sich auf die Rekrutierung durch al-Hijra fokussieren, gibt es bisher nicht.

49 Vgl. Botha, Anneli & Abdile, Mahdi: *Radicalisation and al-Shabaab recruitment in Somalia*. ISS Paper 266, September 2014, S. 5–8.

50 Vgl. u. a. Abdi, Ali: „Police arrest two teachers linked to Al Shabaab militants“, *The Standard*, 21.01.2016, S. 20; vgl. Botha, Anneli: *Radicalisation in Kenya. Recruitment to al-Shabaab and the Mombasa Republican Council*. ISS Paper 265, September 2014, S. 10ff; vgl. International Crisis Group: *Kenyan Somali Islamist Radicalisation*. Africa Briefing Nr. 85, 25.01.2012, S. 7ff; vgl. Ollinga, Michael: „Twenty youths still missing, two years on“, *The Standard*, 26.01.2016, S. 20.

51 Vgl. Adow, Mohamed: „UoN students on al Shabaab payroll – Police“, *The Star online*, 30.06.2015, http://www.the-star.co.ke/news/2015/06/30/uon-students-on-al-shabaab-payroll-police_c1160639, (25.01.2016); vgl. Botha, *Radicalisation in Kenya*, S. 10ff.

52 Vgl. Mukinda, Fred: „Al-Shabaab preys on poor youth with promises of cars and wives“, *Daily Na-*

Medienbericht aus dem November letzten Jahres zeigt – zuletzt offensichtlich sogar verstärkt auf Straßenkinder ab⁵³ – die ärmsten der Armen in der kenianischen Gesellschaft. Dass die Versprechungen auf ein besseres Leben durch die Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation für Menschen, die in prekären sozioökonomischen Verhältnissen leben, verlockend sein können, zeigt beispielhaft der folgende Auszug aus einem Medienbericht über ein ehemaliges Mitglied al-Shabaabs aus Kenia:

„The young man we met described al-Shabab [sic!] as a ‚business‘ [...] He says he was trained in religious schools in Somalia and the one-off payment he received was akin to a ‚salary‘. He insists he did not travel to Somalia because of ideological beliefs or jihad but simply because of the money. ‚If I had a job, I would not have gone there‘, he says.“⁵⁴

Letztlich dürfen auch soziopolitische und (individuelle) sozialpsychologische Aspekte in Hinblick auf Radikalisierung und Terrorismus nicht außer Acht gelassen werden⁵⁵ und sollten stets im Kontext der anderen bereits beschriebenen Faktoren betrachtet werden. In diesem Sinne ist zunächst die Diskriminierung und Marginalisierung von Minderheiten (bspw. aufgrund der Ethnie oder der Religionszugehörigkeit) zu nennen. Dies kann seinen Ausdruck bspw. in dem erschwerten Zugang zu Ressourcen und Gemeingütern sowie im Hinblick auf politische und soziokul-

turelle Teilhabe haben.⁵⁶ So fühlen sich viele Muslime in Kenia marginalisiert und diskriminiert – was zu großen Teilen auf die koloniale Vergangenheit des Landes zurückzuführen ist. Bereits zu dieser Zeit wurden die Muslime zunehmend soziokulturell an den Rand gedrängt. Auch mit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1963 hat sich an dieser Situation wenig geändert. Bis heute fühlen sich viele Muslime in Kenia politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell ausgeschlossen. Der Zugang zu Arbeit, Bildung, adäquatem Wohnraum und Gesundheitsversorgung – der in Kenia für viele Menschen ohnehin schwierig ist – stellt für Muslime eine besondere Herausforderung dar, und auch politisch haben Muslime wenige Einflussmöglichkeiten.⁵⁷

Im Hinblick auf die Wahrnehmung vieler kenianischer Muslime, diskriminiert und marginalisiert zu werden, spielt natürlich auch der Staat eine entscheidende Rolle. In der bereits angesprochenen Studie über kenianische Mitglieder der al-Shabaab haben 65% der Befragten die Anti-Terrorismus-Strategie der Regierung – die als islamfeindlich bzw. als generell gegen Muslime gerichtet angesehen wird – als wichtigsten Einzelgrund für ihre Rekrutierung genannt.⁵⁸ So gibt es immer wieder Kritik an Verzögerungen und speziellen Bestimmungen, denen Muslime ausgesetzt sind, wenn sie Reisen wollen oder Ausweisdokumente beantragen, die wichtig sind, um wählen zu gehen, Land zu erwerben und Bankkonten zu eröffnen.⁵⁹ Diese und andere Maßnahmen werden häufig als Ungerechtigkeit und Kollektivbestrafung der Muslime wahrgenommen. Außerdem kommt es nicht selten zu Vorwürfen, dass die kenianischen Sicherheitskräfte in diskriminierender Weise, willkürlich und mit harter Hand gegen Mit-

tion online, 11.02.2016, <http://www.nation.co.ke/news/Shabaab-lure-youth-with-cars-and-wives/-/1056/3071238/-/tmiqm1z/-/index.html>, (22.02.2016); vgl. Ombati, Cyrus: „Police name Kenyan suspects luring youth to join Al Shabaab“, The Standard Digital, 18.08.2015, <http://www.standardmedia.co.ke/article/2000173237/police-name-kenyan-suspects-luring-youth-to-join-al-shabaab>, (15.01.2016).

53 Vgl. Mghenyi, Charles: „Kenya: Shabaab Eyes Street Children in Mombasa“, The Star online, 02.11.2015, <http://allafrica.com/stories/201511020343.html>, (05.01.2016).

54 Burridge, Tom: „Funding jihad: Al-Shabab cash lures in young Kenyans“, BBC online, 12.12.2014, <http://www.bbc.com/news/world-africa-30419987>, (25.01.2016).

55 Vgl. Veldhuis/Staun, *Islamist Radicalisation*, S. 39–59.

56 Vgl. ebd., S. 39ff.

57 Vgl. Patterson, „Islamic Radicalisation in Kenya“; vgl. Kajee, Ayesha: „Muslims feel under siege in Kenya“, al-Jazeera online, 13.11.2014, <http://www.aljazeera.com/indepth/opinion/2014/11/muslims-feel-under-siege-kenya201411911737464684.html>, (21.02.2016).

58 Vgl. Botha, *Radicalisation in Kenya*, S. 20f.

59 Vgl. Odula, Tom: „Kenyan Muslims claim official discrimination“, Mail & Guardian, 02.08.2008, <http://mg.co.za/article/2008-08-02-kenyan-muslims-claim-official-discrimination>, (21.02.2016).

glieder der muslimischen Minderheit vorgehen⁶⁰ – nicht selten mit Rückendeckung von Vorgesetzten und der Politik.⁶¹ In diesem Kontext ist insbesondere die „Operation *Usalama Watch*“ im April 2014 zu erwähnen: Nach einer Reihe von kleineren terroristischen Anschlägen in Nairobi und Mombasa wurden mehrere tausend Sicherheitskräfte in den vor allem von Somalis (Muslimen) bewohnten Stadtteil Eastleigh in Nairobi entsandt. Im Rahmen der Operation wurden Häuser durchsucht und über 4.000 „Verdächtige“ festgesetzt. Das Vorgehen der Sicherheitskräfte wurde von vielen Bewohnern des Stadtteils als willkürlich bezeichnet und Vorwürfe hinsichtlich Misshandlungen, Diebstahl von persönlichem Eigentum sowie Schutzgelderpressungen im Rahmen der durchgeführten Personenkontrollen wurden geäußert.⁶²

Im Zusammenhang mit (individuellen) sozialpsychologischen Motiven sind hier Erklärungsmuster für Radikalisierung erkennbar: Wenn der Zugang zu politischer Teilhabe, Arbeit, Bildung, adäquatem Wohnraum und Gesundheitsversorgung für Muslime eine besondere Herausforderung ist und gleichzeitig das Gefühl vorherrscht, dass der Staat nicht nur systematisch diskriminiert, sondern teils sogar eine Bedrohung für Leib und Leben darstellt, kann die daraus resultierende Frustration, Perspektivlosigkeit und Angst empfänglich machen für die Versprechungen radikaler Islamisten auf ein besseres Leben und für die einfachen Freund-Feind-Botschaften ihrer Ideologie. Der Narrativ, Teil des bewaffneten Widerstandes einer durch den Westen

bedrohten und unterdrückten globalen muslimischen Gemeinschaft zu sein, kann den Jugendlichen dabei gleichzeitig einen Sinn in ihrem Leben geben, Gemeinschaft und Identität bieten und die individuelle Sehnsucht nach Abenteuer, Anerkennung, Ruhm und einem heroischen Status befriedigen. Dabei können auch weitere Aspekte eine Rolle spielen, wie die in Kenia weit verbreiteten Missstände Ungerechtigkeit, Korruption (in Verbindung mit häufiger Straflosigkeit) und die zunehmende Spaltung der Gesellschaft zwischen arm und reich sowie entlang tribalistischer Grenzen. Diese können Jugendliche (zusätzlich) desillusionieren und vom politischen und gesellschaftlichen System entfremden. Extremistisch-islamistische Ideologie setzt dort geschickt an und verspricht den Jugendlichen Identität und Gemeinschaft fernab traditioneller tribalistischer (oder auch moderner materialistischer) Lebensweisen. Weiterhin eröffnet sie ihnen die Aussicht, durch die eigenen Handlungen etwas verändern zu können – etwas, das ihnen im etablierten politischen System versagt bleibt.⁶³

Letztlich bleibt die Frage, wie Rekrutierung in Kenia praktisch funktioniert. Die bereits angesprochene Studie von Botha zeigt, dass Freunde und religiöse Autoritäten häufig eine wichtige Rolle bei der Heranführung an die Organisation spielen. Wiederholt wurden in der Vergangenheit Personen in Kenia durch radikale Prediger in Moscheen und islamischen Bildungseinrichtungen radikalisiert und sind in der Folge nach Somalia gegangen, um sich dort dem Kampf al-Shabaabs anzuschließen.⁶⁴ Eine größere Zahl von Befragten in der Studie von Botha hat aber auch angegeben, selbst den Weg zu al-Shabaab gefunden zu haben,⁶⁵ wobei vermutlich auch das Internet eine praktische Rolle spielt.⁶⁶ Ein

60 Dies umfasst mitunter auch Vorwürfe hinsichtlich extralegalen Hinrichtungen Terrorverdächtiger (Muslime) durch die Sicherheitskräfte des Landes.

61 Vgl. Botha, *Radicalisation in Kenya*, S. 20f; vgl. Kajee, „Muslims feel under siege in Kenya“; Patterson, „Islamic Radicalisation in Kenya“; vgl. Zick, „Kenia will größtes Flüchtlingslager der Welt schließen“, S. 1.

62 Vgl. Anderson, David M. & McKnight, Jacob (2015): „Understanding al-Shabaab: Clan, Islam and Insurgency in Kenya“, in: *Journal of Eastern African Studies*, Vol. 9, Issue 3 (2015), S. 536–557, S. 547. An dieser Stelle muss jedoch auch darauf hingewiesen werden, dass es durchaus Aktivitäten terroristischer Akteure in Eastleigh gibt, vgl. Shay, Shaul: *Somalia in Transition since 2006*, New Jersey 2014, S. 112.

63 Vgl. Patterson, „Islamic Radicalization in Kenya“; vgl. Veldhuis/Staun, *Islamist Radicalisation*, S. 21ff; vgl. Taken, Jens: *Radikalisierung und Deradikalisierung im transnationalen islamistischen Terrorismus. Entstehungsbedingungen und Bewältigungsstrategien*, Münster 2013, S. 77ff.

64 Vgl. Botha, *Radicalisation in Kenya*, S. 19; vgl. International Crisis Group: *Kenyan Somali Islamist Radicalisation*, S. 7ff.

65 Vgl. Botha, *Radicalisation in Kenya*, S. 19.

66 Marchal verweist darauf, dass al-Shabaab im Vergleich zu anderen Organisationen eine an-

weiterer Ort für Anwerbungsversuche zu radikalen Gruppen scheinen außerdem Gefängnisse in den Küstenregionen Kenias zu sein. In diesen sollen radikale Prediger in der Vergangenheit bereits erfolgreich junge und leicht beeinflussbare Insassen, die dort meist wegen kleinerer Vergehen inhaftiert sind, radikalisiert haben.⁶⁷

6. Ausblick

6.1 Bedrohungslage

Wie dieser Beitrag aufzeigt steht Kenia vor großen Herausforderungen im Hinblick auf transnationalen islamistischen Terrorismus und Radikalisierung im eigenen Land. Dabei besteht auch die Gefahr, dass es in der nahen Zukunft zu weiteren spektakulären und folgenschweren islamistisch-terroristischen Anschlägen in Kenia nach dem Vorbild der Anschläge von Nairobi (2013) oder Garissa (2015) kommen könnte. Hierfür können insbesondere zwei Gründe angeführt werden: Zunächst muss konstatiert werden, dass trotz gewisser Fortschritte in den vergangenen Jahren die Sicherheitslage in Kenias Nachbarland Somalia nach wie vor sehr fragil und al-Shabaab weiterhin eine große Bedrohung ist. Dies wird durch jüngste Ereignisse wie den Anschlag auf ein Restaurant an der Küste von Mogadischu mit mindestens 20 Toten,⁶⁸ vor allem aber durch die von mehrere hundert al-Shabaab-Kämpfern durchgeführten Angriffe auf Lager der AMISOM in Bezirk Janale (im Süden So-

malias) im September 2015⁶⁹ sowie in El-Adde im Januar 2016⁷⁰ nachdrücklich verdeutlicht. Die Einschätzungen von Experten, dass die Organisation sich als resilient erwiesen und sich auch den neuen Gegebenheiten erfolgreich anpasst hat, scheinen sich zu bestätigen.⁷¹ Al-Shabaab wird wohl noch lange Zeit eine große Gefahr nicht nur in Somalia, sondern in weiten Teilen der Region Ostafrika darstellen.

Mit Blick auf den Angriff al-Shabaabs auf das Feldlager der AMISOM in El-Adde kann ein erster Grund für eine erhöhte Bedrohung Kenias identifiziert werden. Bei dem Angriff wurde vermutlich eine höhere zweistellige Zahl kenianischer AMISOM-Soldaten getötet. Der Schock über dieses Ereignis hat in Kenia eine Debatte über einen Abzug der KDF aus Somalia ausgelöst.⁷² Sollte es in dieser Situation zu einem weiteren schweren terroristischen Anschlag in Kenia mit vielen (zivilen) Toten kommen, könnte es – insbesondere mit Blick auf die Wahlen in Kenia im kommenden Jahr – zu einem politischen Kurswechsel des Landes in Bezug auf Somalia bzw. die AMISOM kommen. Dies ist auch al-Shabaab bewusst. Es besteht durchaus die Möglichkeit, dass die Gruppe vor dem Hintergrund dieser politischen Dynamik entsprechend aktiv wird. Der zweite Grund liegt in der in den vergangenen Jahren entstandenen Konkurrenz zwischen al-Qaida und dem „Islamischen Staat“ (IS). Während einer der führenden Köpfe der (bisher) al-Qaida-nahen al-Shabaab im November 2015 über eine Radiobotschaft verbreiten ließ, dass etwaigen Überläufern zum

spruchsvolle mediale Propaganda betreibt, vgl. Marchal, Roland: *Joining Al-Shabaab in Somalia*, in: Deol, Jeevan & Kazmi, Zaheer (Hrsg.): *Contextualising Jihadi Thought*, London 2012, S. 259–274, hier S. 272.

67 Gitau, Paul/Sanga, Benard: „Radical clerics targeting youths in jail, says report“, *The Standard Digital*, 03.03.2015, http://www.standardmedia.co.ke/article/2000153461/radical-clerics-targeting-youths-in-jail-says-report?articleID=2000153461&story_title=radical-clerics-targeting-youths-in-jail-says-report&pageNo=1, (22.01.2016).

68 Vgl. Guled, Abdi: „Mogadishu attack: 20 killed as Al-Shabaab gunmen storm Somalia beachfront restaurant“, *The Independent online*, 22.01.2016, <http://www.independent.co.uk/news/world/africa/mogadishu-attack-gunmen-attack-lido-beach-restaurant-a6826321.html>, (15.02.2016).

69 Vgl. o.V.: „Al-Shabaab kills ,over 50‘ Amisom soldiers, say Western sources“, *Daily Nation online*, 02.09.2015, <http://www.nation.co.ke/news/Al-Shabaab-kills-over-50-Amisom-soldiers-say-Western-sources/-/1056/2855476/-/gocs33z/-/index.html>, (20.01.2016).

70 Vgl. Mukinda, Fred: „KDF soldiers killed in army base attack“, 16.01.2016, *Daily Nation online*, <http://www.nation.co.ke/news/KDF-soldiers-killed-in-army-base-attack/-/1056/3035660/-/ll992k/-/index.html>, (18.01.2016).

71 Vgl. Bryden, Matt: *The Decline and Fall of al-Shabaab? Think again*. o.O. 2015, S. 4.

72 Gaitho, Macharia: „Military camp attack fuels Somalia pullout talk“, *The East African*, 23–29.01.2016, S. 12.

IS die Kehlen durchgeschnitten würden,⁷³ gibt es Medienberichte, die besagen, dass eine kleine Gruppe diesen Weg bereits gegangen ist.⁷⁴ Sollte sich diese mögliche Spaltung verschärfen, ist zu befürchten, dass es zukünftig zu weiteren spektakulären terroristischen Anschlägen nach dem Vorbild von Nairobi oder Garissa kommen könnte. Denn beide Fraktionen könnten geneigt sein, mit derartigen Anschlägen im Konkurrenzkampf um Prestige, Anhänger und finanzielle Mittel die Potenz der jeweils eigenen Seite zur Schau zu stellen.⁷⁵

Die aufgezeigten Bedrohungen und Herausforderungen Kenias durch transnationalen islamistischen Terrorismus und Radikalisierung weisen auf den bestehenden Handlungsbedarf hin. Gleichzeitig gibt es eine Reihe von möglichen Ansatzpunkten zur Bekämpfung und Prävention in Hinblick auf die genannten Phänomene.

6.2 Handlungsempfehlungen

6.2.1 Reform des Sicherheitssektors und Überprüfung der Anti-Terrorismus-Strategie sowie verstärkte regionale Zusammenarbeit

An erster Stelle sollte eine Reform des kenianischen Sicherheitssektors stehen. Neben einer qualitativen (Ausrüstung und Ausbildung) und quantitativen Stärkung sollte ein Schwerpunkt auf die Bekämpfung der Korruption in den Reihen der Sicherheits- und Streitkräfte gesetzt werden. Präsident *Uhuru Kenyatta* hat im November 2015 in einer Rede die grassierende Korruption in Kenia als Bedrohung für die nationale Sicherheit bezeich-

net.⁷⁶ Dieser Aussage ist zweifellos zuzustimmen. Wie weiter oben gezeigt wurde, bekämpfen korrupte Sicherheitsorgane Terrorismus nicht, sondern ebnen ihm (zumindest indirekt) den Weg. Darüber hinaus untergraben korrupte Sicherheitskräfte grundsätzlich das Vertrauen der Bevölkerung in staatliche Institutionen. Insofern ist es an den politischen Eliten des Landes, im Kampf gegen die Korruption diesen markigen Worten zukünftig auch entsprechende Taten folgen zu lassen.

In Hinblick auf die Führung von Polizei und Militär und eine verbesserte Ausbildung sollte ein stärkerer Fokus auf die konsequente Achtung von Menschen- und Bürgerrechten gelegt werden. In diesem Sinne sollte die kenianische Regierung auch ihre bisherige Anti-Terrorismus-Strategie einer grundsätzlichen Überprüfung unterziehen. Wie gezeigt wurde haben sich in der Vergangenheit (kollektive) Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung, die als undifferenziert und gegen eine religiöse Minderheit gerichtet empfunden werden, als kontraproduktiv erwiesen. In diesem Sinne könnte ein Ansatzpunkt die Stärkung nachrichtendienstlicher Strukturen sein, um so tatsächliche terroristische Strukturen besser aufklären zu können.

Darüber hinaus sollten mögliche Verbesserungsmaßnahmen in Bezug auf eine engere zwischenstaatliche Kooperation auf regionaler (Afrikanische Union) bzw. sub-regionaler (*East African Community* und *Intergovernmental Authority on Development*) Ebene geprüft werden, um die wachsende Bedrohung durch den transnationalen Terrorismus in der Region Ostafrika effektiv und effizient bekämpfen zu können.

6.2.2 Stärkung politischer, sozialer und ökonomischer Teilhabe – Bekämpfung von Korruption

Neben dem zuvor in Abschnitt 6.2.1 angesprochenen zentralen Aspekt in Hinblick auf die Verhinderung von Radikalisierung sollte die kenianische Regierung zukünftig auch einen stärkeren Fokus auf die Bewältigung der anderen wichtigen, die Radikalisierung junger Muslime begünstigenden Faktoren

73 Vgl. o.V.: „Al-Shabaab to cut throats of defectors“, *Daily Nation*, 25.11.2015, S. 31.

74 Vgl. Kriel, Robyn/Duggan, Briana: „Al-Shabaab faction pledges allegiance to ISIS“, *CNN online*, 23.10.2015, <http://edition.cnn.com/2015/10/22/africa/al-shabaab-faction-isis/> (22.05.2016).

75 Mutiga, Murithi: „Terrorism was biggest concern in Kenya, Nigeria, Tunisia – Africa poll“, *The East African*, 02.–08.01.2016, S. 10.

76 Vgl. Mathenge, Oliver (2015): „President Uhuru acts on corruption“, *The Star*, 24.11.2015, S. 6.

legen. Auch hier ist ein wichtiger Aspekt der entschlossene Kampf gegen die grassierende Korruption in Kenia. Mit dem jährlich durch Korruption verlorenen Anteil der Staatseinnahmen könnten umfangreiche soziale und ökonomische Entwicklungsprogramme finanziert werden.⁷⁷ Insbesondere der Nordosten und die Küstenregionen Kenias – die Regionen des Landes mit den größten muslimischen Bevölkerungsanteilen – gehören zu den am wenigsten entwickelten und könnten von staatlichen Förderprogrammen profitieren, um sozioökonomisch Anschluss an den Rest des Landes zu finden. Auch eine explizite symbolische Anerkennung der Muslime als gleichwertige Bürger Kenias durch die politischen Eliten (insbesondere auf nationaler Ebene), verbunden mit einer stärkeren konkreten Einbindung in politische Entscheidungsprozesse sind mögliche Ansätze zur Überwindung von Marginalisierung und Diskriminierung der muslimischen Bevölkerung in Kenia.

Ob Kenia die genannten Herausforderungen zum jetzigen Zeitpunkt gänzlich selbstständig meistern kann ist fraglich. Insofern ist die internationale Gemeinschaft gefordert, das Land stärker als bisher zu unterstützen. Dabei sind insbesondere die westlichen Staaten gefordert. Kenia bzw. Ostafrika ist eine von mehreren Fronten im globalen Kampf gegen den transnationalen islamistischen Terrorismus und einer drohenden weiteren Destabilisierung der Region sollte möglichst frühzeitig und entschlossen begegnet werden.

⁷⁷ Laut Schätzungen geht in Kenia jährlich rund 1/3 des staatlichen Budgets durch Korruption und Missmanagement verloren, vgl. Hope, Kempe R.: The Political Economy of Development in Kenya. New York 2012, S. 114.